

Berliner Mitte

Ein alternatives Informationsblatt für SPD-Mitglieder in Berlin, Ausgabe 2/2006

Vorbemerkung:

Liebe Freunde der Berliner Mitte,

wer sich gewundert hat, dass er ständig in den letzten zwei Monaten „Newsletter“ des Aufbruchs bekam oder von ihnen hörte, aber kein Infoblatt der **Berliner Mitte** sollte nicht an der Schlagkraft zweifeln, denn uns schien es nicht gut, im Wahlkampf innerparteiliche Informationsblätter zu verschicken. Wir haben daher erfolgreich Wahlkampf gemacht. Jetzt, wo die Ernte eingefahren ist, erhaltet Ihr auch das neue Infoblatt.

Bitte beachtet die Termine.

Eure Redaktion

Erfolgreiche Kandidaturen für die die Berliner Mitte.

Wahrscheinlich haben schon die meisten von Euch über das Internet, die Daten-CD des Statistischen Landesamtes und über die Presse ausführlich alle Wahlergebnisse erhalten, weshalb wir uns sparen sie hier wiederzugeben (Falls nicht vorhanden, siehe: www.statistik-berlin-de).

Für die **Berliner Mitte** ist festzustellen, dass sich nach der bisherigen Übersicht der Anteil der Abgeordneteninnen und Abgeordneten in der SPD-Fraktion deutlich verstärkt hat.

Am 21.9.2006 trafen sich die alten und neuen Abgeordneten im Preußischen Landtag der Berliner Mitte.

Schwierige Koalitionsverhandlungen

Angeschlagene Partner sind nicht einfach, wir müssen uns nur an unsere eigene Parteigeschichte erinnern. Die Lust an der Opposition wächst. Auch mögliche neue Partner – wie die GRÜNEN – können übermütig werden, wie sich bereits in den ersten 48 Stunden nach der Wahl zeigte. Wenn alle Wunsch-

träume der sehr bürgerlichen Ökopartei reifen würden, müsste das Berliner Parlament erst einmal die Verfassung ändern, denn sonst hätten die GRÜNEN mehr Senatoren und Senatorinnen als der Wahlsieger SPD.

Klaus Wowereit und Michael Müller haben derartige Exzesse zu recht in die Schranken gewiesen. Aber mit den GRÜNEN – glaubt man der Presse – die natürlich eher eine Koalition sucht, die konfliktträchtig (= schlagzeilenträchtig) ist, eigentlich ein Wunschkandidat, werden wir viele Schwierigkeiten bekommen. Die Wunschliste des GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden Ratzmann war schon entsprechend: Zusammenlegung von Haupt- und Realschule (was ist, wenn Bürger dies mit Bürgerentscheid ablehnen?), keine Privatisierungen usw.. Wie hält er es mit der Wohnungsbaugesellschaft Mitte, die saniert werden muss. Was ist, wenn der genehmigte Verkauf von 3000 Wohneinheiten nicht ausreicht? Wie soll man mit der GRÜNEN-Fraktion in einer Regierung zusammenarbeiten, die in den letzten fünf Jahren wohl nur einem Bebauungsplan zustimmten – einer Grünfläche. *[Es war übrigens der einzige Bebauungsplan dem die FDP nicht zustimmte, sie wollte dort Parkplätze.]*

Die Verhandlungen werden nicht einfach, ebenso nicht mit der angeschlagenen PDS. Bedrängt von der Trotzkinin Luzie Regler, verhöhnt oder mindestens bedrängt durch Oskar Lafontaine, dem Besserwisser der Nation, sind die sozialistischen Realpolitiker um Wolf, Liebisch, Lederer und Wechselberg in einer schwierigen Situation. Sie müssen uns beißen oder in die Opposition, in der sie aber auch Schwierigkeiten haben werden, können mindestens die Sozis in den Debatten immer darauf verweisen, „aber das habt ihr doch mit geplant...“.

Für die SPD heißt dies aber auch zunächst die eigenen Verhandlungen nicht zu torpedieren, ein früher sehr beliebtes Spielchen in unserer geliebten Partei. Die **Berliner Mitte** wird sich an solchen Spielchen nicht beteiligen, obwohl wir – intern – sehr deutlich unsere Präferenzen einbringen werden.

.....
Aus der Presse:

SPD-Rechte stellt Gratis-Kitas infrage

Der rechte SPD-Flügel "**Aufbruch Berlin**" hat in einem Positionspapier zu den anstehenden Koalitionsverhandlungen eines der zentralen Wahlkampfversprechen der SPD, die gebührenfreien Kitas, infrage gestellt.

In dem Papier heißt es: "Wenn die Kitas sich stärker als Bildungseinrichtung verstehen und sie die neuen Aufgaben in der Sprachförderung bewältigen wollen, ist die dringlichste Aufgabe die Qualifizierung des Personals." Dafür seien beträchtliche Investitionen notwendig. "In diesem Licht sollte geprüft werden, wie dann die Kostenfreiheit der Kitas umgesetzt werden kann."

Vordringliches Ziel soll also die Qualifizierung der Mitarbeiter sein, erst dann solle man die Gebührenfreiheit angehen. Eine ähnliche Position vertreten auch die Grünen.

Ab 2007 müssen die Eltern für das letzte Kita-Jahr keine Gebühren mehr zahlen. Die ersten beiden Jahre sollen in dieser Legislaturperiode ebenfalls gratis werden. Das hatte Wowereit wiederholt im Wahlkampf versprochen.

Zum "**Aufbruch Berlin**" gehören unter anderem die ehemalige Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing, der Neuköllner Kreisvorsitzende Fritz Felgentreu und der Stadtrat von Mitte, Christian Hanke.

Weitere Punkte in dem Positionspapier sind die Abschaffung der Hauptschule und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Zudem soll das Sicherheitsgesetz dahin geändert werden, dass eine Handy-Ortung vermisster und suizidgefährdeter Personen erlaubt wird. Die Genossen fordern auch eine Kunsthalle für zeitgenössische Kunst. sco

Aus der Berliner Morgenpost vom 20. September 2006

Kommentar:

Eben solche Presseberichte können wir nicht gebrauchen, liebe Aufbruchleute! Viele Grüße von der **Berliner Mitte**.

Einladung zur Plenumsitzung der

Berliner Mitte

20. September 2006

Liebe Genossinnen und Genossen,
zur ersten großen Sitzung der „Berliner Mitte“ nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Be-

zirksverordnetenversammlungen laden wir Dich herzlich

**für Freitag, den 29. September 2006
um 17:00
in den Ernst-Heilmann-Saal (Raum 376)
des Berliner Abgeordnetenhauses**

ein.

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Auswertung der Wahlen vom 17. September 2006
2. Aktueller Stand der Fraktionsvorstandsbildung
3. Aktueller Stand der Koalitionsverhandlungen
4. Arbeitsplanung der „Berliner Mitte“ für das 2. Halbjahr 2006 (u. a. Herbst-Klausurtagung)
5. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Sascha Braun

- Geschäftsführung -

#####

Bürgerliche Opposition muss sich neu formieren:

Nach den bekannten vollmundigen Worten des FDP-Fraktionsvorsitzenden Martin Lindner, waren die Äußerungen der FDP-Spitze nach der Wahl sehr zurückhaltend. Obwohl eine kleine Partei, konnte sie nicht von der sinkenden Wahlbeteiligung profitieren, die sonst kleinen Parteien zu Gute komme. Von Vielsprecher Lindner war kaum etwas zu hören.

Das wird sich nach dem 26.10.2006 – der konstituierenden Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses – sicherlich ändern. Lindner wird seine Sprache wieder gefunden haben und sicherlich feststellen, dass die Regierung – gleich wie sie aussieht – erneut alle wichtigen Schritte zur Neuordnung der Stadt versäumt, weil man nicht den Forderungen der FDP erreicht, dem der Wähler gerade die rote Karte zeigte.

Vollmundiger war da schon der neugewählte Fraktionsvorsitzende der CDU (je nach Zeitung mit 87 oder 97%-gewählt, real sind 33 von 37 Abgeordneten 89%) Friedberg Pflüger, obwohl immer noch unter dem Vorbehalt der Neuauszählung des Wahlkreises des CDU-Rechtsauslegers Andreas Gram. Er sah die CDU als „wieder da“ und auf dem Weg an die Spitze der Stadt. Da gleichzeitig die Presse berichtete, dass der vom Ergebnis her erheblich erfolgreichere Reinickendorfer Kandidat Steffel wieder größeres Gewicht erhielt, kann man schon auf die künftige CDU-Fraktion gespannt sein. Sollte Pflüger sich der Macht der Kreisbosse der CDU erwehren können, dann müssen wir ihn ernst nehmen, denn in fünf Jahren können sich Großwetterlagen sehr schnell ändern.

Fazit: Im Augenblick noch nichts Neues von der Opposition, aber Wachsamkeit in den nächsten fünf Jahren ist notwendig, denn 30,8 % sind in heutigen Zeiten ein gutes Ergebnis, aber höhere Ergebnisse wären noch besser. Die Wahlergebnisse in den neunziger Jahren zeigen, wie schnell sich Trends ändern können, zumal wenn die Koalitionspartner schwieriger werden könnten. Bs

Keinen Hochmut wegen des Wahlergebnisses.

Der nachfolgende Bericht der Berliner Zeitung über eine Veranstaltung des August-Bebel-Institutes zeigt, dass auch die SPD nicht hochmütig sein sollte. Auch wir sollten das Wahlergebnis ausführlich analysieren:

„WAHLANALYSE Berliner Zeitung, 27.09.2006

SPD verliert im Westen jeden fünften Wähler

Die SPD hat mit 30,8 Prozent die Abgeordnetenhauswahl zwar mit Vorsprung vor der CDU gewonnen. Von einem großartigen Sieg will der Politologe Oskar Niedermayer aber nichts wissen. "Da muss ich leider Wasser in den Wein gießen", sagte der Wissenschaftler von der Freien Universität am Montagabend. Für das SPD-nahe August-Bebel-Institut hatte er das Wahlergebnis vom 17. September vor allem mit Blick auf die SPD analysiert. Sein Fazit: Die Partei hat vor allem Probleme im Westteil der Stadt.

"Dort hat die SPD jeden fünften Wähler von 2001 verloren", sagte Niedermayer. 21 Prozent weniger als noch vor fünf Jahren gaben den Sozialdemokraten ihre Stimme. Nach Niedermayers Analyse gingen 10 000 Wähler zu den kleinen Parteien. "Das ist ein deutlicher Hinweis auf Protestwahl." 14 000 wählten die Grünen, und 42 000 Menschen, die 2001 noch SPD gewählt haben, gingen diesmal erst gar nicht zur Wahl. "Der SPD ist es nicht gelungen, ihre Wählerschaft im Westen zu mobilisieren." Der Verlust sei dadurch gemindert worden, dass die Partei im Osten zehn Prozent dazu gewonnen hat. Zum Sieg reichte es nur, weil insgesamt weniger Menschen gewählt haben.

Dabei waren die Voraussetzungen für die SPD nach den Worten Niedermayers mit ihrem Spitzenkandidaten Klaus Wowereit nahezu ideal. Bei allen Werten wie Bekanntheitsgrad und Kompetenzwerten habe er während des gesamten Wahlkampfes deutlich vor seinem CDU-Herausforderer Friedbert Pflüger gelegen. "Es ist nicht gelungen, die Partei auf Wowereit-Niveau zu ziehen." Wowereit hat als Person eben doch nicht so wahlentscheidend gewirkt wie starke Ministerpräsidenten, etwa Kurt Beck in Rheinland-Pfalz oder Matthias Platzeck in Brandenburg.

Dass die SPD am Ende ihres Wahlkampfes nur noch auf Wowereit gesetzt und ihn plakatiert, aber ganz auf Inhalte verzichtet hat, war aus Sicht Niedermayers ein Fehler. Das ist offenbar zu wenig gewesen. "Man muss den Menschen stärker vermitteln, wozu man etwas macht, wie das Zukunftsbild aussehen soll", sagte er. "Das hat mir bei der Wahl in Berlin wie auch bei der Bundestagswahl gefehlt." Auf Bundesebene sei das der CDU "auf die Füße gefallen". Es gelte aber auch, dass das SPD-Ergebnis ohne Wowereit schlechter ausgefallen wäre.

Wenn man die Bundesambitionen von Wowereit ernst nehme, sollte man sich innerhalb SPD rechtzeitig umschauen, wer ihm nachfolgen könnte, empfiehlt Niedermayer. Vorausgesetzt, Wowereit lässt einen "Kronprinzen" neben sich überhaupt zu. (tom.)

#####

Publikationen:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung
Die Akzeptanz von Arbeitsmarktreformen am Beispiel von Hartz IV
Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Aus der Vorbemerkung:

„Die Arbeitsmarktreform Hartz IV war das am heftigsten umstrittene sozialpolitische Vorhaben der letzten Jahre. Hartz IV provozierte massive Proteste, insbesondere in Ostdeutschland, und trug zu einem massiven Verlust an politischer Unterstützung für die rot-grüne Bundesregierung sowie zu einer parteipolitischen Abspaltung in Gestalt der WASG bzw. Linkspartei bei. Gleichzeitig zeigt sich mittlerweile, dass entgegen den weit verbreiteten Befürchtungen massiver Kürzungen bei den Transferleistungen ein wesentlicher Teil der Langzeitarbeitslosen erstmals oder im Vergleich zum früheren System höhere Transferzahlungen erhält. Die Aufnahme gering entlohnter Arbeit wird nur in sehr begrenztem Maße in der Praxis eingefordert. Auch ist die Zahl der Transferempfänger und das Niveau der Ausgaben für diese Leistungen über das erwartete Maß hinaus angestiegen, so dass in der Praxis nicht von einem Einschnitt in das Sozialsystem gesprochen werden kann.“

<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03910.pdf>

Die Druckversion erhaltet Ihr bei Claudia.Unkelbach@fes.de

Veranstaltungen:

Aus der FESSt wird die nachfolgende Veranstaltung betreut, zu der wir die folgende Einladung abdrucken:

EINLADUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich würde Sie gern recht herzlich einladen zur Konferenz "Fällt die Gesellschaft auseinander? - Herausforderungen für die Politik"

am 28.9. von 10.00 bis 18.00 Uhr

im Konferenzsaal der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr.17, 10785 Berlin.

Unsere Gesellschaft ist mehr und mehr im Wandel begriffen.

Fragen nach der Integrationskraft von Staat und Gesellschaft werden in der öffentlichen Debatte dabei immer stärker aufgeworfen. "Integration" umfasst viele gesellschaftliche Dimensionen - nicht nur entlang des Migrationshintergrundes, sondern auch entlang der sozialen, ökonomischen und kulturellen Bruchstellen der Gesellschaft.

Insbesondere durch fehlende Teilhabe an (Aus-)Bildung und Arbeit sowie unterstützenden sozialen Netzwerken entstehen Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung. Unsere Konferenz "Fällt die Gesellschaft auseinander? - Herausforderungen für die Politik" geht daher den folgenden Fragen nach:

- Welche gesellschaftlichen Gruppierungen sind von der fehlenden Teilhabe an (Aus-)Bildung und Beschäftigung besonders betroffen?
- Welche Handlungskonzepte müssen entworfen werden, um eine stärkere soziale Teilhabe zu ermöglichen?
- Was können familiäre und außerfamiliäre Strukturen - wie bürgerschaftliches Engagement - bei dem Integrationsprozess leisten?

Wir haben ReferentInnen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis eingeladen, um diese Fragen zu diskutieren und Handlungsansätze für einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu entwickeln.

Ich würde mich freuen, auch Sie auf dieser Konferenz begrüßen zu können.

Anbei finden Sie das Programm der Konferenz. Bitte melden Sie sich bei Interesse bis spätestens 25. September bei Christina von Heyden unter Christina.vonHeyden@fes.de an.

Mit freundlichen Grüßen
Franziska Richter
Forum Berlin

Hinweis:

In der Ausgabe der *Time-europe* wird in der Ausgabe der 37. Woche über die Entwicklungen hin zur französischen Präsidentschaftswahl berichtet, hier am Beispiel der derzeitigen in den Umfragen führenden Kandidatin Ségolène Royal.
(www.time.com/europe/archive)

Der Blick nach draußen:

Neues Einwanderungsgesetz in Frankreich: Notwendige Regelung oder Populismus im Vorwahlkampf

Von Lars Weber

„Selektive Immigration“ heißt das Einwanderungsgesetz, das vor einigen Tagen in der französischen Nationalversammlung verabschiedet wurde. Innenminister Nicolas Sarkozy hatte die Linie klar vorgegeben: „Wie jedes andere Land möchte auch Frankreich seine Einwanderer auswählen können.“ Es sollen möglichst nur die einwandern, von denen Frankreich profitieren kann, wie Forscher, Künstler oder Sportler. Sie sollen die neue, drei Jahre gültige Aufenthaltsgenehmigung „Kompetenzen und Talente“ erhalten. Das erinnert an die Greencard-Aktion des ehemaligen deutschen Arbeitsministers Walter Riester, der vor allem Inder zum Arbeiten in die deutsche IT-Branche locken wollte. Inder kamen nur wenige und die Internet-Blase platzte.

Am 17. Juni hat der französische Senat den Gesetzesvorschlag zur Einwanderungs- und Integrationspolitik der Regierungspartei UMP vorbehaltlich einiger Änderungen angenommen. Der Gesetzestext wird nun voraussichtlich noch vor dem 1. Juli endgültig von der Nationalversammlung übernommen. Der französische Innenminister Nicolas Sarkozy hatte das Gesetzesprojekt unter dem Slogan „Keine erduldeten, sondern eine gewählte Einwanderung“ lanciert, mit dem erklärten Ziel die Einwanderung ins Land nach Frankreichs Bedürfnissen an Arbeitskraft steuern zu können. Dabei war er besonders von der Linken kritisiert worden, die am besten Ausgebildeten Kräfte aus den Herkunftsländern abzuwerben.

Die Änderungswünsche des Senats haben das Gesetz in seinen Hauptzügen unverändert gelassen, es jedoch an einigen Stellen gelockert, an anderer Stelle sogar verschärft. So soll, wie es der Vorschlag der Regierungspartei vorsieht, die Vergabe von Arbeits-Aufenthaltsgenehmigungen von der beruflichen Qualifikation der Einwanderungswilligen abhängig gemacht werden können, aber nur im Falle des partnerschaftlichen Einverständnis der Herkunftsländer möglich sein. Damit soll das von den Kritikern Sar-

kozys angeprangerte Abwerben gerade der qualifizierten Kräfte, welche in den Herkunftsländern dringend benötigt werden, verhindert werden. Eine Verschärfung des Gesetzes brachten die Änderungswünsche des Senats beispielsweise insofern, als eine öffentliche Schmähung der Nationalhymne oder der französischen Flagge zur Entziehung der Aufenthaltsgenehmigung führen kann.

Die grundlegenden Regelungen wurden jedoch vom Senat bestätigt. So wird beispielsweise die zehnjährige Aufenthaltserlaubnis abhängig gemacht von der Einhaltung eines „Aufnahme und Integrationsvertrags“, der eine Staatsbürgerschulung und einen Französischkurs beinhaltet. Für alle Empfänger der Einbürgerung wird außerdem eine Aufnahmezeremonie verpflichtend.

Das neue Einwanderungsgesetz, das noch von der zweiten Parlaments-Kammer gebilligt werden muss, sieht insbesondere drei Maßnahmen vor, die eine deutliche Verschärfung der bisherigen Einwanderungspraxis darstellen. Illegale Einwanderer hatten in der Vergangenheit die Möglichkeit, nach einem zehnjährigen Aufenthalt in Frankreich eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung sowie weitere Rechte zu erhalten. Diese Regelung soll wegfallen, da sie die Illegalität belohne, wie es seitens der Regierungspartei UMP heißt. Als weitere Maßnahme sollen Familienzusammenführungen erschwert werden. Nur wer in der Lage ist, einen Arbeitsvertrag und einen gewissen Mindestverdienst nachzuweisen, soll das Recht erhalten, seine Familie nachzuholen. Der dritte Punkt des Gesetzes erschwert die Eheschließung zwischen Franzosen und Ausländern. Der Ausländer soll zum Zeitpunkt der Eheschließung bereits drei Jahre mit seinem Partner zusammengelebt haben, um Missbrauch in Form von Scheinehen zu unterbinden. Geht die Ehe in den ersten vier Jahren in die Brüche, kann dem Ausländer die Aufenthaltsgenehmigung wieder entzogen werden.

Besonders die Maßnahme der Familienzusammenführung ist sehr umstritten, handelt es sich doch um ein Grundrecht, zusammen mit seiner Familie zu leben. 25.000 Personen kommen jedes Jahr im Rahmen dieser Zusammenführung nach Frankreich. Seit 7 Jahren stagnieren die Einwanderungszahlen für diese Immigrantengruppe. Es handelt sich bei den Hinzukommenden keinesfalls um Großfamilien. Im Schnitt reisen 1,64 Personen nach, wobei es häufig nur der Ehepartner ist. Es bleibt zu befürchten, dass mit der neuen Regelung mehr Familienmitglieder illegal einwandern. Die Maßnahme wäre somit kontraproduktiv für die Integration und für den Kampf gegen die Illegalität. 4000 illegalen Einwanderern werden jedes Jahr volle Rechte erteilt, wie z.B. eine langfristige Aufenthaltserlaubnis. Sie müssen einen zehnjährigen Aufenthalt in Frankreich nachweisen können. Das Verleihen dieser Rechte soll nach den Vorstellungen des französischen Innenministers von Departement-Kommissionen übernom-

men werden, die sich aus Vertretern der Kommunen und Vereinen zusammensetzen soll. Damit würde über die Integration der illegal Eingewanderten de facto von den Präfekten entschieden werden. Auch die Bürgermeister hätten ein Wort mitzureden. Sie sollen befinden, ob der Einwanderer sich erfolgreich integriert hat. Somit besteht die Gefahr der Willkür und der Ungleichbehandlung. Einheitliche Richtlinien auf nationaler Ebene sollten für eine Gleichbehandlung vor dem Gesetz sorgen. Das Bleiberecht darf nicht von der Gunst des Bürgermeisters oder Präfekten abhängen, sondern sollte sich an Fakten wie beispielsweise dem Arbeitsplatz und Sprachkenntnissen orientieren.

Sarkozy plant weiterhin, dass die Regierung jedes Jahr das Kontingent an Einwanderern festsetzt, das abhängig ist von der Situation am Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie an den Universitäten. Bei den Kalkulationen sollen auch ausländische Studenten berücksichtigt werden, die nach einigen Jahren Studium in ihr Heimatland zurückkehren sollen. Damit tritt der Minister seinen Kritikern entgegen, die ihm vorwerfen, durch das neue Gesetz die klügsten Köpfe auf Kosten der Herkunftsländer nach Frankreich zu locken. 65 Prozent aller Einwanderer stammen aus Afrika, der überwiegende Teil aus Nordafrika. Algerien, Tunesien und Marokko machen zusammen bereits 41 Prozent aus. Gut 9 Prozent kommen nach Angaben der „Direction de la population et migration“ aus Gebieten südlich der Sahara.

Aus diesem Bereich wandern knapp vier Prozent weniger ein als aus asiatischen Ländern (12,8 Prozent). Der Zuzug von Gastarbeitern in den 60er Jahren hat sich seit den 80er Jahren primär hin zu Familienzusammenführungen entwickelt, was an der veränderten wirtschaftlichen Situation und der verschärften Gesetzgebung liegt. Der Migrationsforscher der Universität Paris VII, Christophe Daum, erklärte gegenüber Le Monde, dass man zwischen zwei Einwanderergruppen aus der Sub-Sahara Region unterscheiden müsse: „Aus Mali, Mauretanien und dem Senegal wandert überwiegend eine ländliche Bevölkerung ein. Aus frankophonen Ländern wie beispielsweise der Elfenbeinküste, dem Kongo und Togo wandern primär Städter ein, die häufig eine akademische Ausbildung haben.“ Der Innenminister brachte das Thema Einwanderung auf die Tagesordnung, als das Land in der Krise um den Arbeitsvertrag für Berufseinsteiger steckte, aus der sein Kontrahent Premierminister Dominique de Villepin angeschlagen herausging. Sarkozy versucht, sich mit dem neuen Gesetz zu profilieren. Dabei bedient er sich einer Rhetorik, die aus dem Munde des Front National-Präsidenten Jean-Marie Le Pen kommen könnte. Le Pen hatte Anfang der 80er Jahre skandiert: „Frankreich- mag das Land oder verlasse es.“ Sarkozy drückte die gleiche Botschaft mit seinen Worten aus: „Wenn einige Frankreich nicht mögen, können sie weggehen.“

Über den Innenminister und UMP-Vorsitzenden ist bekannt, dass er im Lager der Rechtsextremen fischen geht, um dort

Wähler zu gewinnen. Die Rechnung scheint aber nicht aufzugehen. Der Präsidentschaftswahlkampf 2002 wurde dominiert vom Thema innere Sicherheit, besonders in den Vorstädten, wohinter Sarkozy mit seiner Nulltoleranz-Kampagne stand. Trotzdem landete Le Pen im zweiten Wahlgang vor dem Sozialisten Jospin und unterlag dann gegen den amtierenden Präsidenten Chirac. Seit dieser Wahl konnte Sarkozy weder mit seinen Diskursen der eisernen Hand noch durch schärfere Gesetze den Front National schwächen. Das Schreckgespenst Le Pen ist trotz fehlender Inhalte ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen wieder sehr präsent. Auf Grund seines hohen Alters wird der 77-jährige Le Pen vielleicht auf eine Kandidatur verzichten und seine Tochter Marine ins Rennen schicken. Le Pens Bemühungen, eine gemeinsame nationale Rechte zusammen mit dem „Mouvement pour la France“ zu schmieden, scheiterten bisher, da der MPF-Vorsitzende Philippe de Villiers nicht als zweiter Mann hinter Le Pen zurückstehen möchte. Den Vorwurf, er agiere wie die extreme Rechte, lässt Sarkozy nicht auf sich sitzen. „Die extreme Rechte möchte überhaupt keine Einwanderung. Wir möchten dagegen im Sinne der Republik eine selektive Einwanderung.“ Während der Parlamentsdebatte zum neuen Gesetz wurde dem Innenminister von den Sozialisten vorgeworfen, dass er aus wahltaktischen Gründen handle. „Das Gesetz ist inakzeptabel und wird das Leben von tausenden Familien erschweren. Dieser Text entspricht nicht den Grundrechten und wird zu einer verstärkten Fremdenfeindlichkeit führen“, so der Pariser PS-Abgeordnete Serge Blisko.

Einen Proteststurm wie beim Erstanstellungsvertrag hat das Einwanderungsgesetz keinesfalls ausgelöst. Nichts desto trotz haben sich Anfang des Jahres knapp 700 Vereine und Organisationen zum Verbund „Uni(e)s contre l'immigration jetable“ (Vereint gegen eine Wegwerfeinwanderung) zusammengeschlossen, um gegen das neue Gesetz zu kämpfen. Neben christlichen Organisationen beteiligen sich auch Menschenrechtsorganisationen wie die „Ligue de Droits de l'homme“ (Liga der Menschenrechte) sowie Zusammenschlüsse illegaler Einwanderer. Demonstrationen und Aktionstage werden organisiert. Die Initiative kritisiert insbesondere die Beschneidung der Grundrechte durch die erschwerte Familienzusammenführung sowie die geplante Regelung, die Aufenthaltsgenehmigung an den Arbeitsvertrag zu knüpfen. Im Falle einer Kündigung oder längerer Krankheit kann diese Genehmigung wieder entzogen werden.

Daher auch der Name Wegwerfeinwanderung: Wird der Einwanderer in seinem Beruf nicht mehr gebraucht, soll er auch nicht bleiben dürfen. Dieser utilitaristische Ansatz des Gesetzes, der vorsieht,

dass nur der kommen sollte, von dem das Land einen Nutzen hat, wird abgelehnt, da persönliche Gründe nicht berücksichtigt würden.

Die aktuelle Einwanderungspraxis stößt jedoch bei den Franzosen ebenfalls auf Ablehnung. 60 Prozent sind laut einer BVA Umfrage damit unzufrieden. Diese Unzufriedenheit zieht sich durch alle Altersklassen und ist unabhängig von der Region. Bei Wählern aus dem konservativen Lager, liegt die Zahl der Unzufriedenen bei 75 Prozent, während sie bei eher links wählenden Personen bei 56 Prozent liegt. Fast drei Viertel der Befragten sprechen sich dafür aus, dass ein Ausländer, der seine Familie nachholen möchte, auch in der Lage sein muss, für diese finanziell zu sorgen. Lediglich die drastische Aufforderung des Ministers an diejenigen, denen es hier nicht gefalle, wegzugehen, spaltet sowohl Altersgruppen wie auch Links- bzw. Rechtswähler.

Somit scheint Handlungsbedarf bei der französischen Einwanderungspraxis gegeben. Es ist jedoch zu bezweifeln, ob ein neues Einwanderungsgesetz rein auf Sicherheitsaspekten beruhen sollte, das mehr Menschen in die Illegalität treibt, anstatt sie aus dieser herauszuholen.

Besonders den seit vielen Jahren in Frankreich lebenden illegalen Einwanderern sollte der französische Staat nicht die Tür vor der Nase zuschlagen. Sie werden aufgrund des neuen Gesetzes weder die Heimreise antreten, noch kommen sie aus dem Teufelskreis der Illegalität raus. Von einem wirksamen Integrationsbemühen seitens der Regierung kann somit keine Rede sein. Mehr Integration ist notwendig, nicht nur Repression und Abschottung, was auch die Unruhen in den Vorstädten im vergangenen Herbst deutlich gemacht haben. Viele Einwanderer, selbst in der zweiten oder dritten Generation, fühlen sich weder zugehörig zur Republik noch repräsentiert in den staatlichen Institutionen. Darüber hinaus ist der Zeitpunkt, ein Jahr vor den Wahlen, denkbar schlecht gewählt, um eine sachliche Diskussion über die schwierige, und häufig emotional beladene Frage der Einwanderung zu führen. Sarkozy möchte die sich häufenden Krisen der Regierung vergessen machen und sich als entschlossener Kandidat für die Präsidentschaftswahlen in Stellung bringen.

Lars Weber arbeitet als freier Journalist in Paris.

**Der Inhalt dieses Beitrags gibt nicht unbedingt die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder.
Verantwortlich: Winfried Veit, FES Paris**

Impressum:

Herausgeber: Berliner Mitte, Sprecherkreis

Andreas Geisel, Renate Harant, Anja Hertel, Ralf Hillenberg, Dirk König, Bernd Schimmler, Iris Spranger, Jörg Stroedter

Redaktion: Bernd Schimmler,

Redaktionsanschrift: Berliner Mitte, c/o Bernd
Schimmler, Müllerstraße 163, 13353 Berlin.
E-Mail: b.schimmler@t-online.de